

Gewerkschaft	S 03	Soziales	S 05	Kommunales	S 08
Gedenken am 9. November		Energiepreisstopp jetzt!		LandauPass	



Die Auswirkungen des Klimawandels sind inzwischen nahezu weltweit spürbar. Auch in Rheinland-Pfalz und der zum Großteil agrarwirtschaftlich geprägten Südpfalz müssen sich landwirtschaftliche Betriebe zunehmend auf veränderte Anbaubedingungen einstellen. Im Weinbau geschieht dies beispielsweise durch die zunehmende Nutzung trockenresistenter Rebsorten, im Gemüseanbau

kann ein Trend zur großflächigen Bewässerung beobachtet werden.

Gemüseanbaubetrieben wird dabei die Nutzung von Grundwasserbrunnen für Bewässerungszwecke bei einer festgelegten Menge an förderbarem Grundwasser gestattet.

Fortsetzung nächste Seite →

FÜR FRIEDEN & SOZIALISMUS!

HERAUSGEBER:
DKP SÜDPFALZ
SDAJ LANDAU 

Recherchen von lokalen Umweltaktivisten haben aufgezeigt, dass die in der Südpfalz von landwirtschaftlichen Großbetrieben entnommenen Grundwassermengen weit über den zugewiesenen Kontingenten liegen, eine Kontrolle der an den Grundwasserbrunnen installierten Wasseruhren geschieht durch die Aufsichtsbehörden nicht. Teilweise konnte auch beobachtet werden, dass die Zählerstände der Wasseruhren manipuliert waren. Dies konnte vor allem auf Flächen beobachtet werden, die von landwirtschaftlichen Großbetrieben bewirtschaftet werden, welche wiederum überwiegend für große Discountermärkte produzieren.

Zwar befinden sich in der Region um Landau und Edenkoben relativ große Grundwasservorkommen, jedoch senkt sich durch die Entnahme des Wassers aus dem Boden der Grundwasserspiegel, was dazu führt, dass flachwurzelige Wildpflanzen nicht mehr mit genügend Wasser versorgt werden können, obwohl im Boden noch Grundwasser vorhanden ist. Heimische Ökosysteme werden so nachhaltig geschädigt.

An diesem Beispiel zeigt sich einmal mehr, welche Folgen für die Umwelt mit der kapitalistischen Produktionsweise einhergehen. Anstatt in die Klimawandelanpassung zu investieren und die Produktion anzupassen, werden weiterhin die für den Markt rentabelsten Früchte angebaut, wobei die entstehenden negativen Folgen für die Umwelt von den Produzenten wissentlich hingenommen werden.

Die durch die kapitalistische Produktionsweise entstehenden Kosten für die Wiederherstellung der geschädigten Ökosysteme werden in den meisten Fällen von der Allgemeinheit aus Steuergeldern beglichen, wodurch der kapitalistische Großbetrieb seine Produktionskosten senken und somit seinen erzeugten Mehrwert maximieren kann. Ein dem Kapitalismus immanentes elementares Grundprinzip eben, durch welches sich erklären lässt, warum eine nachhaltige (Land)Wirtschaft im Kapitalismus nicht möglich ist.



uz unsere zeit
SOZIALISTISCHE WOCHENZEITUNG – ZEITUNG DER DKP

Die UZ ergreift Partei für die demokratischen und sozialen Rechte, gegen Kriegstreiberei und Rechtsentwicklung. Sie ist ein Instrument, um das gegenwärtige Herrschaftssystem, den Imperialismus, zu begreifen und Strategien der Gegenwehr zu entwickeln. Sie informiert über die Diskussionsprozesse in den Gewerkschaften, in demokratischen Bündnissen und in der linken Bewegung. Sie kämpft gegen Militarismus, für Frieden und Abrüstung.

UZ kennenlernen, 6 Wochen KOSTENLOS zur Probe lesen. Abo-Formular auf unsere-zeit.de/abo

Gedenk- und Trauerzug am 9. November 2021 in Landau



150 Menschen nahmen am 9. November 2021 in Landau an einem Gedenk- und Trauerzug teil, zu dem DGB, OAT, DIE LINKE und TOM aufgerufen hatten. Auch wenn die DKP Landau nicht zu den Aufrufern gehörte, haben wir die Aktion unterstützt und natürlich auch teilgenommen. Die Auftaktkundgebung eröffnete der DGB-Kreisvorsitzende Sebastian Skiba, aus dessen Rede wir hier einen Auszug dokumentieren:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Freundinnen und Freunde,

Acht Jahrzehnte sind eine lange Zeit und doch ist das, wofür der 9. November steht, nicht einfach nur ein Stück Geschichte, es ist Teil unserer Gegenwart. Berthold Brecht dichtete 1945: „der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch ...“

Als am 9. November 1989 die Grenze zwischen DDR und BRD fiel und der kalte Krieg endete, begann eine Zeit, die eben auch geprägt war von rassistischen Pogromen und Brandanschlägen. Rostock-Lichtenhagen, Hoyerswerda, Mölln und Solingen stehen beispielhaft für das Wiedererstehen eines mörderischen Rassismus in diesem Land.

Als ab 2015 viele Flüchtlinge aus den kriegs- und krisengeplagten Ländern des Nahen Ostens nach Deutschland kamen, gab es viel Hilfsbereitschaft, aber bald brannten auch wieder die Flüchtlingsheime und der Mob formierte sich auf den Straßen. Nach wie vor gehören auch Angriffe auf erkennbar jüdische Menschen oder Sinti und Roma zum Alltag in unserem Land. Die Verharmlosung und Relativierung der Naziverbrechen feiert fröhlich Urstände.

NIE WIEDER KRIEG!

NIE WIEDER FASCHISMUS!

Da sitzen Leute in den Parlamenten, denen die mörderischen Jahre der Nazi-Diktatur ein Vogelschiss sind, da vergleichen sich Impfgegner mit Anne Frank und Coronaschwurbler heften sich den Judenstern an. Da verharmlost die Presse offene Neofaschisten immer öfter als erz- oder ultrakonservativ. Da pakieren bürgerliche Parteien und die Regierungen von bürgerlichen Demokratien aus außenpolitischem Machtkalkül mit Regierungen und Oppositionsbewegungen, die die SS-Schergen von damals als Freiheitskämpfer verherrlichen und unter den Fahnen und Symbolen der Nazikollaborateure marschieren.

Wir sind nicht nur hier, um der Opfer von vor 80 Jahren zu gedenken, sondern auch um uns all dem entgegenzustellen.

Als Lehre aus den Schrecken der NS-Zeit haben sich nach dem Krieg der DGB und seine Mitgliedsorganisationen als Einheitsgewerkschaften formiert. Als Gewerkschaften, die für verschiedene politische und weltanschauliche Strömungen offen sind, sich jedoch klar und kompromisslos gegen jede Form von Rassismus, Faschismus, Nationalismus und Kriegstreiberei stellen; und deshalb sind wir heute hier.

Es freut mich, dass der Deutsche Gewerkschaftsbund die Schirmherrschaft über diese Demo übernehmen konnte. Wir stehen hier mit Partnern, die manches



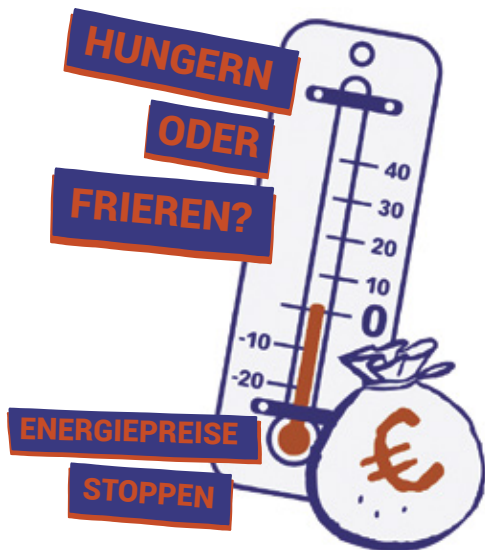
unterscheidet, die aber ein gemeinsames Ziel und ein gemeinsamer Kampf eint. Die Toten mahnen uns: Nie wieder Faschismus, Nie wieder Krieg!



Frieren für Profite!

Laut dem Mieterverein haben seit Juli 2021 463 Gasversorger die Preise erhöht oder Erhöhungen angekündigt, im Bundesdurchschnitt um 20 %. Zudem wollen über 190 Stromfirmen in der Grundversorgung ihre Preise erhöhen oder haben sie im Schnitt um 9 % erhöht. Der Preis für Heizöl hat sich im Jahr verdreifacht. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis die Energiepreise auch in der Südpfalz immens steigen werden, weil der Spekulation mit Öl, Gas und Strom im Kapitalismus keine Grenzen gesetzt werden.

Am 8. Januar 2022 hat die DKP eine Unterschriftensammlung/online-Petition für einen gesetzlichen Energiepreisstop gestartet. „Die Preissteigerungen bedrohen akut Millionen Familien und Kleinbetriebe in ihrer Existenz. Die Ursache dieser Preissteigerun-



Unterschriftenlisten zum Download und einen Link zur online-Petition gibt es hier:
www.energiepreisstopp-jetzt.de

gen sind Spekulationen der Energiekonzerne und die Pleiten kleinerer Stromlieferanten, die das Risiko voll auf ihre Beschäftigten und die Verbraucher abwälzen“, erklärte Patrik Köbele, Vorsitzender DKP. „Da nutzen keine Almosen, da muss der Staat in die

Verfügungsgewalt der Energiekonzerne eingreifen. Ein gesetzlicher Preisstop ist der Anfang – die Überführung der Energieversorgung in öffentliches Eigentum notwendig“, so Köbele weiter.

IMPRESSUM

Herausgeber DKP Südpfalz
 V.i.S.d.P.: Manfred Brede
 Impressum: dkp-rlp.de/kontakt
 Auflage: 3.000
 Bildnachweis: S01 Foto von Pexels, S03 + S04 DKP Südpfalz, S06 Mänsard vokser, S08 Foto erstellt von rawpixel.com
 Redaktionsschluss: 15.01.2022
 Erscheinungsweise: Quartal

DKP



dkp-rlp.de/landau



dkp_landau@riseup.net



facebook.com/DKP.Landau



twitter.com/DKP_Landau

SDAJ



sdaj.org



[sdaj_landau](https://www.instagram.com/sdaj_landau)



twitter.com/LandauSdaj

Klimakonferenz Glasgow Markt & Technik richten's?

Allgemein, unverbindlich und kapitalfreundlich – so könnte man den Abschlussbericht der COP26 wohl am besten beschreiben. Doch Lippenbekenntnisse

gab es in der Klimafrage schon mehr als genug, und sie konnten bisher nicht verhindern, dass wir aktuell auf eine Temperaturerhöhung über 3 Grad bis zum Ende des Jahrhunderts zusteuern.



Die Regierungen der Länder haben sich ein Nettonull bis 2050 als Ziel gesetzt, jedoch nicht etwa mittels drastischer Reduzierung des Ausstoßes von Emissionen, sondern in der Hoffnung, bis dahin eine Technologie entwickelt zu haben, mithilfe derer man CO₂ aus der Luft holen und binden kann. Statt das Problem also an der Wurzel zu packen, wird lieber auf riskante und unsichere Wege gesetzt.

Auch der Handel mit Zertifikaten für die Einsparung von Emissionen soll fortgesetzt werden, zwar ein bisschen regulierter, aber dank marktwirtschaftlicher Mechanismen weiterhin die Möglichkeit für wohlhabende Player bietend, sich für die Überschreitung der Emissionsgrenzen freizukaufen. Dass nun bald alte unge-

FÜR FRIEDEN & SOZIALISMUS!

HERAUSGEBER:

**SDAJ LANDAU
DKP SÜDPFALZ**



nutzte CO₂-Gutschriften auf die nationalen Klimaziele des Pariser Abkommens angerechnet werden dürfen, führt diesen Mechanismus weiter ad absurdum.

Auch für die Länder des globalen Südens hat die Konferenz kaum Verbesserungen ausgehandelt: Während ihnen vorgeworfen wird, ihren Weg aus der Unabhängigkeit und zu eigenem Wohlstand auf Kosten der Natur zu beschreiten, produziert der globale Norden 92 % des die Aufnahmefähigkeit der Erde überschreitenden CO₂, wobei vor allem der Süden von den katastrophalen Folgen betroffen ist. Dabei wurde 1992 in Rio de Janeiro beschlossen, dass erst einmal die großen Industrienationen ihre Emissionen reduzieren müssen, um den kleinen Ländern Raum zu geben. Diese können nun laut der Glasgower Abschlusserklärung auf finanzielle Unterstützung bei der Planung des Wiederaufbaus nach Umweltkatastrophen rechnen, nicht jedoch beim Wiederaufbau selbst – ein Hohn.

Die Konferenz von Glasgow stellt somit nur ein weiteres Mal unter Beweis, dass sich die Klimakrise unter kapitalistischen Bedingungen nicht ausreichend eindämmen lässt und bei den bürgerlichen Regierungen der politische Wille dafür fehlt. Die sogenannte Ampelkoalition plant einen unzureichenden ökologischen Umbau auf Kosten der Beschäftigten,



was die Autoindustrie nutzt, um unter dem Vorwand der Transformation Arbeitsplätze billig ins Ausland zu verlagern. Und statt des Ausbaus des ÖPNV wollen FDP und Grüne nach neoliberaler Manier die Bahn zerschlagen, was ein riesiges Chaos und fatale Folgen für die Beschäftigten mit sich ziehen würde.

Dagegen müssen wir uns gemeinsam wehren – für Arbeitsplätze und Umweltschutz! Ohne demokratische Kontrolle der wichtigen Schlüsselindustrien und ein Durchbrechen des kapitalistischen Akkumulationsprozesses wird es auch ein Green New Deal nicht schaffen, die Produktion klimafreundlich umzustellen.



POSITION BEZIEHEN!

Die POSITION ist unser Magazin: Von Jugendlichen für Jugendliche. Unsere Mitglieder schreiben, gestalten, verkaufen dieses Magazin. Unser Ziel: Der Arbeiterjugend eine Stimme geben.

ICH WILL EIN ABO! Kein Problem, lade dir einfach das POSITIONs-Abo-Formular herunter: sdaj.org/position

Wirtschaftsförderung statt LandauPass



Am 14.09.2021 hat OB Hirsch ohne vorherige Information des Stadtrates einen Antrag auf Bundesmittel für die Wirtschaftsförderung gestellt, der den städtischen Haushalt mit bis zu 226.000 € belasten wird. Am gleichen Tag hat der Stadtrat mit den Stimmen von Die Linke, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Pfeffer&Salz einen LandauPass beschlossen. Er sollte „die Teilhabe an gesellschaftlichen und kulturellen Angeboten für all unsere Bürger*Innen erleichtern, die aufgrund eines niedrigen Einkommens bisher häufig davon ausgeschlossen waren“. Ohne die Belastung des städtischen Haushalts durch einen LandauPass

überhaupt zu prüfen, hat OB Hirsch die Aufhebung des Ratsbeschluss in die Wege geleitet. Angeblich wäre durch den LandauPass die Genehmigung des städtischen Haushalts durch die Aufsichtsbehörde gefährdet. Dass eine Wirtschaftsförderung von bis zu 226.000 € keinen städtischen Haushalt gefährdet, aber ein LandauPass mit unbekanntem Kosten, macht wieder einmal deutlich, dass es den Regierenden im Kapitalismus nicht um Soziales, sondern um Profitsteigerung geht. Auch in Landau wird sich daran ohne Widerstand der Benachteiligten nichts ändern.